



# Lindauer Hoybote

Seite 2 Insel-Realschule  
AXIMA-Gießerei

Seite 3 Klima im Wandel (1)  
Psychologie des Nichtstuns

Seite 4 Ohrfeige aus Straßburg  
Rickenbacher Straße

Seit 25 Jahren - aktueller denn je:

## Rettet die Hintere Insel!

„Keinen Zweifel ließ Geschäftsführer Pfeil an der Tatsache, daß von Wohnungen für Lindauer, schon gar nicht von Sozialwohnungen, die Rede sein könne.“ Dieser Satz in der Lindauer Zeitung vom 6. November 1982 (!) ließ aufhorchen. Es schien schon alles gelaufen; die Organisationsgesellschaft „REGIO“ Frankfurt plante mit Wohlwollen der Stadt Lindau die touristische Vermarktung der Hintere Insel. Aus Empörung über den oben zitierten Satz bildete sich die Bürgerinitiative „Rettet die Hintere Insel“, aus der im Jahr 1983 der Förderverein Hintere Insel entstand.

Und heute? Da präsentieren IHK-Vertreter und Planer Wund ein so genanntes „Konzept“ für den Neubau eines Kongresszentrums, das es angeblich zum „Null-Tarif“ geben soll. Massive Neubebauungen mit Büros, Einzelhandel, Gastronomie und fast 20.000 qm Wohnflächen in exklusiver Lage und Preisklasse sollen zur Gegenfinanzierung dienen. Und wieder, wie vor 25 Jahren, ist die Rede davon, dass es nicht gerade die Lindauer Familien mit Kindern sein werden, die sich diese Wohnungen leisten können.

### So nicht, meine Herren!

Wie Meinung „gemacht“ werden kann, beweist die Tatsache, wie plötzlich im Städtle quasi alle davon reden, man „brauche“ ein neues Tagungszentrum und man müsse endlich die Hintere Insel überplanen, um nicht abgehängt zu werden. Bereits vor einigen Jahren tauchte der Begriff „Neues Kongresszentrum auf der Westlichen Insel“ in der Lindauer Zeitung auf, eher nebenbei, aber doch. Und immer wieder. Dann mäkeln die Veranstalter der Psycho-Wochen und jene der Nobelpreisträgertagung an der Inselhalle rum, und schon ist allen klar: „Wir brauchen ein neues Kongresszentrum!“ Dass wir noch über 20 Jahre an der Inselhalle abbezahlen müssen, scheint wenig zu interessieren. Ebenso wenig, wie die Tatsache, dass mit einer Tagungsstätte keine schwarze Zahlen, d.h. Gewinne

zu erzielen sind. Wie hoch dieses Draufzahl-Geschäft „Tagung“ für die Stadt Lindau ist, lässt sich nur vermuten: Alle verdienen, Kongressveranstalter, Gastronomie, Hotellerie, bis sich ein müder Euro über verschlungene Steuer-Umwege im Stadtsäckel verirrt. Warum sollten wir dann ein derart schlechtes Geschäft auch noch ausbauen? Des Renommees wegen? Damit wir uns von Nachbarstädten abheben? Was halten Sie von einem Nachbarn, der unablässig überm Zaun schielt und Sie permanent zu übertrumpfen versucht? Ein bedauernswerter Zeitgenosse, dem man ein wenig mehr Selbstbewusstsein und Eigenständigkeit wünschen möchte.

### „Mir lond et lugg“ - Wir geben nicht auf!

In den bald 25 Jahren seines Bestehens hat der Förderverein Hintere Insel viele „Konzepte“ kommen und gehen gesehen. Die schlimmsten „Klöße“ konnten wir verhindern. Ich denke an das eingangs zitierte REGIO-Vermarktungskonzept, ans Thermalbad „Lindaviensis“, an ein Europäisches Kulturzentrum, an fünf Stadtvillen in Ufernähe. Es wurden von uns aber auch handfeste, konstruktive Vorschläge gemacht. Beispielsweise schlug der Förderverein vor, die Luitpoldkaserne schrittweise, über 5-7 Haushaltsjahre finanziert, zu sanieren und nach dem Motto „Wohnen-Leben-Arbeiten“ umzunutzen. Nicht auszudenken, was geschehen wäre, hätten wir seinerzeit eine ähnliche Medienpräsenz wie jüngst das IHK-„Konzept“ in Lindauer Zeitung und BZ erhalten. Dann wäre das Kasernengebäude mit städtischem Leben erfüllt, Gebäude und Areal würden noch heute der Stadt Lindau gehören, ein großer öffentlicher Park würde sich entlang des Ufers erstrecken, dort, wo heute zwei zumindest diskussionswürdige Großgebäude die Stadtansicht „bereichern“. Eine bürgerliche Mehrheit aus CSU und Freien Bürgern wollte an diesem „Filetstück der Nation“ keine bürgernahe Lösung, man wollte was „Gescheites“. Am Ende, als gar nichts mehr ging, mußte man sich mit allem, was von außen herangezogen wurde und einigermaßen nach „Lösung“ aussah, zufrieden geben. Planer Josef Wund aus Friedrichshafen kam 1999 und bewahrte die bürgerliche Mehrheit im Stadtrat vor einer Riesen-Blamage: Dem Offenbarungseid, hochtrabende Pläne gehabt zu haben, die viel Geld gekostet haben, und am Ende mit leeren Händen dazustehen. Hans im Glück lässt grüßen.

Und jetzt wieder: Es muss was ganz Großes sein! Die Leimrute ist ausgelegt, Planer Wund hat keine persönlichen Interessen, will doch nur unser Bestes... Was von Wund'schen Zahlen zu halten ist, beweist jüngstes Beispiel: Mit der von ihm „errechneten“ Summe von 5,3 Mio. Euro überzeugte er den Kreisrat zum Neubau einer Realschule auf dem Festland, anstatt das Gebäude auf der Insel für 3 - 4 Mio. Euro zu sanieren. Dass die Baukosten für einen Neubau bei nunmehr über 10 Mio. Euro zu liegen kommen, interessiert Herrn Wund wenig; er war ja nur Berater des Landrats und wollte nur sein Bestes...

### Naherholungsraum Hintere Insel in Gefahr

Eine zentrale Forderung des Fördervereins war und ist, die Hintere Insel auf Dauer der Spekulation zu entziehen. Das IHK-„Konzept“ stellt die absolute Gegenposition dazu dar. Zu befürchten ist, dass über kurz oder lang wir Lindauer „unsere“ Hintere Insel an Tagungsteilnehmer, Zweitwohnungsbesitzer und Spekulationshaie verlieren werden. Dabei ist dieses Areal abseits des Touristenrummels für uns Lindauer, insbesondere Insulaner, ein wertvoller Naherholungsraum. Zunächst gilt es, den von der IHK ungeschickterweise erzeugten Spekulationsdruck wieder abzubauen. Wenn die DB-AG je bereit ist nicht, mehr notwendige Flächen zu räumen, sollten wir als Stadt Lindau diese Flächen übernehmen, allerdings dekontaminiert und zum Grünlandpreis. Die IHK hingegen hat (in welchem Auftrag eigentlich?) mit der DB-AG über eine Übernahme des Bahnhofs-Areals bereits verhandelt, 10 Mio. Euro sind hierfür im Gespräch. Ein Bären-dienst für unsere Stadt, wenn man weiß, dass gerade diese Flächen Mitte des 19. Jahrhunderts der Königlich

Bayerischen Eisenbahn-Baugesellschaft (und deren Rechts-nachfolger) als Geschenk überlassen wurden.

Es gibt also noch einige Ungereimtheiten zu klären, viele Punkte abzuklopfen, um klar Position für uns Lindauer beziehen zu können.

KARLHEINZ BROMBEIS

Der Förderverein Hintere Insel veranstaltet eine Ideen-Werkstatt zu diesem Thema: Am 10. März 2007 sind von 14 - 17.00 Uhr im Haus der Dialoge alle Interessierten aufgerufen an einer Lösung „von Lindauern für Lindauer“ mitzuarbeiten.

## Nobles Klima

Schon vor einem Jahr, während der Haushaltsberatungen im November 2005 war unsere Inselhalle ein „heißes“ Thema. Die Hitzewelle im damaligen Sommer ließ die Laureaten über Gebühr schwitzen. Die Klimaanlage der Tagungshalle war für Temperaturen über 30° C nicht ausgelegt. Schon da schwafelte Frau Seidl - es war Wahlkampf- von einem neuen Kongresszentrum. Der Stadtrat bewilligte, nach langer Diskussion, einen fünfstelligen Betrag. Bedingung war, dass die arg vernachlässigten Schulen die gleiche Summe bekommen. Die Bunte Liste forderte die Oberbürgermeisterin auf, das Thema „Inselhalle verbessern“ oder Alternativen dazu baldmöglichst im Stadtrat zu diskutieren.

### Der Rest war Schweigen ....

Erst im Juni 2006 wurde dem Bauausschuss mitgeteilt, dass ein nobler Spender dem Kuratorium der Nobelpreisträgertagung eine Klimaanlage in die alte Inselhalle installiert. Und die Pro Lindau GmbH & Co. KG löst dieses Geschenk vom Kuratorium über einen langjährigen Verzicht auf die Hallenmiete ab. Die Nobelpreisträgertagungen im Juni und August fanden erfolgreich statt. Frau Seidl bedankte sich artig beim Spender, einem dieser Energiekonzerne, die gerade mit großem Erfolg ihr Monopol ausnutzen, so dass die Lindauer Öffentlichkeit durchaus glauben konnte, wir hätten das Kühlaggregat geschenkt bekommen. Die Verbesserung unserer Tagungseinrichtung war weiterhin kein Thema.

### Böse Überraschung

Im Oktober 2006 holte diese Spende den Stadtrat wieder ein. Dummerweise hatten sich die Kosten fürs Präsent verdoppelt. Jetzt könnten die geneigten LeserInnen sagen, „was kümmert's uns, wenn's doch ein Geschenk ist“? Geschenk schon, aber nicht an die Stadt. Wir müssen die Anlage dem Kuratorium ablösen. Wir haben ja auch den Nutzen, solange es heiß ist. Jedenfalls sind die Beträge nun so hoch, dass sich Pro Lindau außerstande sieht, dafür aufzukommen. Nun ist die Stadt ja finanziell auch alles andere als auf Rosen gebettet, aber nach einigen guten Beratungen scheint das Problem aus der Welt zu sein. Die Gastfreundschaft unserer Stadt gegenüber den Laureaten ist allen StadträtInnen ein hohes Gut. Aber kaum hatte der Stadtrat diese finanzielle Kuh vom dünnen Eis unseres Haushalts, tauchte Frau Seidl mit der IHK und deren Plänen für ein neues Kongresszentrum am Bahnhof auf. Ohne nochmals näher auf diesen Vorschlag eingehen zu wollen, wird es vielleicht verständlich, warum große Teile des Stadtrates wenig Begeisterung zeigten, die gute alte Inselhalle einfach aufzugeben, nachdem wir, mehr oder weniger durch die Hintertür, dort gerade den Gegenwert von drei Reihenhäusern reingesteckt haben.

Den Antrag der Bunten Liste haben nun mehrere Fraktionen nochmals aufgegriffen und Frau Seidl abermals beauftragt in Sachen „Verbesserung der Inselhalle“ endlich tätig zu werden.

ULI KAISER



Erholungsraum für uns Lindauer nicht nur zur Touristenzeit, nein auch im Winter, wenn es schneit

## Insel-Realschule ade... schade!

Über 400 Jahre, genau seit 1581, dienten die alten Mauern des ehemaligen Barfüßerklosters als Schule. Generationen von Schülern und Schülerinnen erhielten dort ihr „Rüstzeug fürs Leben“. Und es hat wohl funktioniert, sonst wäre Lindau nicht das geworden, was es über Jahrhunderte war: Eine leidlich wohlhabende Handelsstadt. Jetzt, bzw. bis 2008, ist Schluss damit! Landrat und Kreistat wollen eine neue Realschule auf dem Festland. Der Altbau an der Kalkhütte wird an einen Investor verkauft. Der wird ihn größtenteils abreißen und durch teure, noble Altersruhe- oder Zweitwohnsitze ersetzen. Der Investor steht bereits „bei Fuß“. Nur wenige Lindauer werden davon profitieren. Und wieder verliert die Insel junges, urbanes und in der Summe kaufkräftiges Leben.

Seit 2002 wurde im Kreistag darum gestritten, wie und wo die Anforderungen einer zeitgemäßen Realschule am besten zu realisieren sind. Im Sommer 2003 ließen sich Kreis- und Stadtrat in der Inselhalle gemeinsam über Lösungen unterrichten. Sanierung und Erweiterung des Altbaus oder Neubau auf der grünen Wiese? Bald schon war das geringe Interesse an der Sanierung erkennbar, obwohl dazu vier detailliert ausgearbeitete Raum-, Kosten- und Realisierungsvarianten vorlagen. Zu verführerisch präsentierte sich der Neubau, vorgestellt von Friedrichshafens Allroundgenie, Architekt Wund: bis sechs Klassen mehr, alle Vorteile einer Neuplanung, schnelle Realisierung ohne Störung des laufenden Schulbetriebs, alles aus einer Hand durch einen Generalunternehmer und alles noch viel billiger. Auch die klamme Haushaltslage des Landkreises war kein Problem. Denn für die Finanzierung sorgten private Geldgeber im Rahmen von PPP (Privat-Public-Partnership)-Programmen. Im Kostenvergleich des Kreiskämmerers lag der Wund-Vorschlag, nach Abzug der Förderung und ohne Turnhalle, nur bei 2,6 bis 3 Mio. Euro, gegenüber 4,5 bis 4,9 Mio. Euro für die Sanierung. Ein regelrechtes Schnäppchen, das Landrat und Kreistag nicht ausschlagen konnten.

Heute schreiben wir das Jahr 2007. Ein privater Projektplaner und ein Fachanwalt aus München erledigen die Arbeiten des fehlenden Kreisbaumeisters. Die Raumplanung des Neubaus liegt zwischenzeitlich mit 12 Klassen eher unter den Flächen, die im Altbau hätten realisiert werden können. Das Angebot des ausgewählten Generalunternehmers, der den Neubau schlüsselfertig errichten soll, liegt heute aber bei ca. 10,5 Millionen Euro. Hoffen wir, dass es nicht noch teurer wird! Die Bunte Liste bedauert diese Entwicklung und den Wegzug der Realschule von der Insel. Unsere Vorstellungen sind: Sanieren steht unbedingt vor Neubau; keine weitere Verwaisung der Insel; Erhalt von Leben und Kaufkraft im Zentrum; Schonung des Grüngürtels und jeglicher Ressourcen, auch der Finanzen; keine neuen Flächenversiegelungen und weitere Störung des ökologischen Gleichgewichtes. Übrigens: In Bayern werden immer noch tag-täglich circa 28 Hektar Boden versiegelt. Das entspricht der dreifachen Gesamtfläche Lindaus oder etwa einem Drittel der Landkreisfläche.

LOTHAR HÖFLER



Seit Jahrhunderten findet hier Unterricht statt, nach 50 Jahren Realschule ist Schluss

### Stoppt das Bebauungsplanverfahren

## Alte AXIMA-Gießerei renaturieren!

„Gleiches Recht für alle“ forderten die Nachbarn der Firma AXIMA (früher Sulzer Escher Wyss) in Streitelsfingen. 2001 erhoben sie Protest gegen das Bebauungsplanverfahren „ehemalige Gießerei“. Dieser Protest ist nach wie vor berechtigt.

Als der Stadtrat 1985 den Flächennutzungsplan verabschiedete, hatte er für das ganze Stadtgebiet Festsetzungen getroffen. Einzige Ausnahme: Das Gießerei-Gelände von Sulzer am Motzacher Tobelbach. Diese Fläche wurde von städtischen Ge- und Verboten verschont. Amtliche Begründung für diesen „weißen Fleck“: Die Zukunft des Geländes stehe nicht fest. Mit Sulzer sei keine Einigung über die Nutzung erzielt worden. Dies war nicht der erste Kniefall der Stadt Lindau vor Sulzer Escher Wyss. Unklar ist bis heute, ob die Gießerei mit einer ordentlichen Baugenehmigung errichtet worden ist. Geländeauffüllungen erfolgten dort mit Industrieabfällen, ohne dass Behörden dies unterbunden hätten. Laut Nachbarn sind dort Abortfäkalien bis 1985 direkt in den Wustbach eingeleitet worden.

Vor Jahren wollte Sulzer Escher Wyss seinen Firmensitz an die Autobahn verlegen. Weil Firmenumzüge teuer sind, wurde zeitgleich der Wunsch an die Stadt herangetragen, das Firmengelände in Streitelsfingen in ein Wohngebiet umzuwandeln. Normalerweise hätte die Stadt erwidern müssen: NEIN, geht nicht! Denn laut Bauamt „ist das Gelände nach § 35 BauGB als Außenbereich einzustufen.“



„Villa Wustbach“ weg damit! Natur statt Beton!

Im „Außenbereich“ dürfen in Lindau aber bislang nur die vom Gesetz privilegierten Landwirte entweder ein Aus-tragshäuserl errichten oder mit gigantischen Obsthallen die Landschaft verschandeln. Jedem gewöhnlichen Privatmenschen, der sein Außenbereichsgrundstück gerne für Wohnzwecke nutzen möchte, wird zurecht die städtische Ablehnung zuteil.

Anstatt den Wunsch der Firma Sulzer unter Hinweis auf die unstrittige Sach- und Rechtslage abzuweisen, hat das Lindauer Bauamt am 12.4.2001 dem Stadtrat empfohlen, Sulzer eine Bebauung mit 5 Einzelhäusern sowie 3 Doppelhäuser zu ermöglichen. Daraufhin stimmte der Stadtrat einer Änderung der Bauleitpläne zu, gegen die Stimmen der Bunten Liste Lindau und der ÖDP. Hauptargument der Wohnbau-Befürworter: Wegen Bestandsschutzes könnte auf dem Gießerei-Gelände jederzeit eine gewerbliche Nutzung wieder aufleben. Das sei „stadtplanerisch nicht sinnvoll“ und müsse durch Wohnbebauung verhindert werden. Diese Argumentation ist schwach. Abgesehen davon, ob für eine jahrzehntelang nicht mehr ausgeübte Gewerbenutzung überhaupt noch Bestandsschutz gilt, sagt selbst das Bauamt: „Es ist ferner auf Grund der topografischen Situation ein Standort, für den sich schwerlich ein gewerblicher Interessent finden ließe.“

Nachdem es der Bunten Liste gelungen war, das Verfahren mehrere Jahre auszusetzen, ist der Bebauungsplan „Am Motzacher Tobelbach“ nun leider wieder aktuell. Bei der jetzt beschlossenen Verfahrensfortführung geht es nun um eine angeblich „landschaftsschonendere“ Variante. Statt fünf Einzelhäuser gibt es nun „4 Reihenelemente“. Doch selbst der verantwortliche Städteplaner Sieber hat im Stadtrat über die alte Gießerei zugegeben: „Das ist hier kein idealer Wohnstandort!“

Mit Nachbarn und Bund Naturschutz sind wir uns einig: Das Gelände soll renaturiert werden. Anstelle der Gießerei befanden sich früher eine Feuchtwiese und ein Auwäldchen. Die Forderungen der Bunten Liste Lindau lauten daher: Kein Gefälligkeitsbebauungsplan für AXIMA! Keine Wohnbebauung im Außenbereich! Stoppt das Bebauungsplanverfahren! Gleiches Recht für alle!

ALEXANDER KISS

## Macht braucht Kontrolle

Der Stadtrat ist das Spiegelbild der Bürgerschaft von Lindau mit all ihren Wünschen, Interessen, Widersprüchen. Stellvertretend für die Bürger praktizieren die Stadträte kommunale Selbstverwaltung. Sie entscheiden grundlegend, weitreichend und kontrollieren die Verwaltung. Doch auch der Stadtrat bedarf der Kontrolle durch die Bürger. Die funktioniert aber nur, wenn möglichst viele Sitzungen der Stadträte öffentlich sind. In Lindau aber schwinden seit Jahren die öffentlichen Stadtrats-sitzungen erheblich. Seit sie eine GmbH & Co. KG sind, tagen unsere Stadtwerke nur noch nichtöffentlich. Gas-, Wasser- und Strompreiserhöhungen werden jetzt unter Ausschluss der Öffentlichkeit beschlossen. Damit werden vollendete Tatsachen geschaffen, deren Entstehung oft nicht nachvollziehbar ist. Das kommt davon, wenn Presse und Bürger von wesentlichen Informationen und Diskussionsbeiträgen ausgeschlossen werden.

„Geheimniskrämerei erzeugt Misstrauen. Demokratie erfordert Transparenz der Entscheidungen“, urteilt daher folgerichtig das Verwaltungsgericht Regensburg. In seiner wegweisenden Entscheidung aus dem Jahre 2005 beschränkt das Verwaltungsgericht die Geheimhaltungspflicht der Aufsichtsräte und ermöglicht kommunalen GmbHs öffentlich zu tagen. Außerdem schreibt das Gericht den Volksvertretern ins Stammbuch: Die Geheimhaltungspflicht nach GmbH-Recht hat nicht automatisch Vorrang vor dem Öffentlichkeitsprinzip. „Eine Auflösung verfassungsrechtlicher Bindungen durch eine Flucht ins Privatrecht darf nicht anerkannt werden.“

Die Bunte Liste fordert schon seit Jahren, die Satzungen der als GmbH agierenden städtischen Gesellschaften wie GWG, Stadtwerke und ProLindau dahingehend zu ändern, dass deren städtischen Aufsichtsräte öffentlich tagen können und müssen. Dabei geht es nicht darum, Personalangelegenheiten, Geschäfts- oder Betriebsgeheimnisse publik zu machen. Vielmehr geht es um Transparenz und Öffentlichkeit für sämtliche Tagesordnungspunkte, die nicht „zum Wohl des jeweiligen städtischen Unternehmens zwingend der Verschwiegenheit bedürfen.“

Bunte Liste, ÖDP, SPD und WL wollten ein Zeichen setzen für Transparenz, Öffentlichkeit und Nachvollziehbarkeit stadträtlicher Entscheidungen. Doch mit ihrer knappen Mehrheit von 16 Stimmen haben OBine Seidl, CSU und Freie Bürger dagegen gestimmt, bei GWG, Stadtwerke und ProLindau die Verschwiegenheitspflicht der Aufsichtsräte zu lockern. Diese Mehrheit von CSU und Freien Bürgern kann bald geändert werden...

... im März 2008 sind Stadtratswahlen in Lindau.

ALEXANDER KISS



Ein Plakat aus dem Stadtrats-Wahlkampf 2002. Die Thematik ist zeitlos.

## „Warum habt Ihr damals nichts getan?“ Zur Psychologie des Nichtstuns

Schulterzucken, Ausflüchte, Ausreden waren die gängigsten Reaktionen, wenn wir unsere Eltern und Großeltern in Bezug auf die Vorgänge nach 1933 in Deutschland fragten. Und heute? Sehenden Auges steuern wir auf eine Klimakatastrophe ungeahnten Ausmaßes zu. Was werden wir der-

einst unseren Enkeln als Ausrede fürs Nichtstun präsentieren? Die Verteidigung individueller Freiheit, die in Wirklichkeit nicht mehr ist, als habgieriger Egoismus?

Wir Menschen tun uns aus evolutionsgeschichtlichen Gründen schwer, die globale Klimaerwärmung als gelebte Schizophrenie wahrzunehmen, wie der Harvard-Professor für Psychologie Daniel Gilbert unlängst meinte. Wir seien darauf spezialisiert über andere Menschen und deren Absichten nachzudenken und darauf zu reagieren - nicht aber über schleichende Ereignisse; Klimaerwärmung verletze weder unser Schamgefühl, noch unsere Glaubensvorstellung, wir ekelten uns nicht vor ihr; die Fähigkeit, Gefahren in

fernerer Zukunft richtig einzuschätzen, ist evolutionsgeschichtlich erst im Ansatz erkennbar („Würde uns die Klimaerwärmung hier und da ein Auge ausschlagen, hätten wir sie längst im Griff“); für unsere menschlichen Sinne finde das Drama viel zu gemächlich statt, alle paar Jahre ein „Jahrhundert-Hochwasser“, ab und an ein Orkan - noch immer offenbar zu wenig, um aufzuwachen.

Die Bunte Liste nimmt sich in diesem Hoyboten und den nächsten dieser Thematik an. Mit Peter Triloff haben wir einen anerkannten Klima-Experten in unseren Reihen. Sein Beitrag soll uns aufrütteln und vom Nichtstun zum Handeln veranlassen.



## Unser Klima im Wandel (1)

Seit Beginn der industriellen Revolution Mitte des 19. Jahrhunderts haben die sich entwickelnden Gesellschaften ihren Energiebedarf aus dem Verbrennen von in der frühen Erdgeschichte in der Erdkruste eingelagertem Kohlenstoff und seinen Verbindungen mit Wasserstoff (Kohle, fossile Kohlenwasserstoffe) gedeckt. Von der gesamten, seit dieser Zeit produzierten Energie wurde die Hälfte aber erst in den letzten 20 Jahren produziert! Das Hauptprodukt dieser Verbrennung ist Kohlendioxid (CO<sub>2</sub>); die momentan jährlich weltweit in die Atmosphäre abgegebene Menge des Gases liegt bei etwa 30 Milliarden Tonnen, entsprechend etwa 8,5 Milliarden Tonnen Kohlenstoff. Ca. 2,2 Milliarden Tonnen davon sind Folge von Brandrodung und Umwandlung von Grün- in Ackerland, etwa 6,3 Milliarden Tonnen Folge der Verbrennung fossiler Energieträger. Dieser aktuelle Jahresverbrauch benötigte etwa 1 Mio. Jahre an Wachstum der dafür nötigen organischen Ausgangsstoffe. Statistisch bleibt ein CO<sub>2</sub>-Molekül ca. 120 Jahre in der Atmosphäre.

### 900 Millionen Tonnen CO<sub>2</sub> im Jahr, allein in Deutschland

Die jährliche deutsche Emission liegt bei 900 Millionen Tonnen, ist die höchste in der EU, die sechsthöchste nach den USA, China, Russland, Indien und Japan und fast soviel, wie ganz Afrika oder Südamerika produzieren. Wir sind also einer der absoluten Hauptschmutzer der Atmosphäre mit CO<sub>2</sub>. Beim Pro-Kopf-Ausstoß im Jahr (Gesamtbevölkerung) liegen wir mit ca. 10 to im Mittelfeld, während Australien, die USA und die Vereinigten Arabischen Emirate Spitzenreiter mit ca. 20 to pro Kopf sind. Ohne einen Nutzen verbrennen in China derzeit riesige Mengen Kohle pro Jahr durch Selbstentzündung, weil die Flöze knapp unter der Oberfläche liegen und durch Schwarzabbau in Kontakt mit Sauerstoff kommen.

Am meisten CO<sub>2</sub> entsteht mit 3,5 kg/kg bei der Verbrennung von Kohle, gefolgt von Öl mit ca. 2,5 kg/kg und Methan (Erdgas) mit etwa 1,9 kg/kg. Momentan befinden sich 56% allen von Menschen je produzierten CO<sub>2</sub> noch in der Atmosphäre, so dass dessen Gehalt von 0,028 % (280 ppm) zu Beginn der industriellen Revolution auf heute 0,038 % (380 ppm) um 36% gestiegen ist, der höchste Wert seit mind. 700.000 Jahren, wahrscheinlich seit mehreren Mio. Jahren. Die Zunahme liegt bei knapp 2 ppm/Jahr. Von der emittierten Menge werden ca. 3 Milliarden Tonnen pro Jahr von den Ozeanen aufgenommen und haben inzwischen zu einer messbaren Versauerung des Meerwassers um ca. 0,1 pH-Einheiten geführt.

Woran liegt es nun, dass CO<sub>2</sub> so wichtig für das Klima ist? Das Molekül hat die Eigenschaft, für Licht durchlässig zu sein, Wärmestrahlung aber aufzunehmen und in alle Richtungen wieder abzustrahlen, wodurch die Luft erwärmt wird. Genau das macht das CO<sub>2</sub> in der unteren Atmosphäre: das Sonnenlicht gelangt ungehindert bis auf die Erdoberfläche und erwärmt sie. Die erwärmte Oberfläche gibt Wärmestrahlung ab, die das CO<sub>2</sub> aufnimmt und damit zu einer Erwärmung der Luft führt, ähnlich den Glasscheiben im Auto oder in einem Treibhaus. Ohne

diesen Effekt läge die globale Durchschnittstemperatur aufgrund physikalischer Gesetze bei 18°C; die vorindustrielle Konzentration von 280 ppm entsprach einer Erwärmung um ca. 33°C, was der damaligen globalen Durchschnittstemperatur von 13,7°C entsprachen hat.

Ein steigender CO<sub>2</sub>-Gehalt führt aufgrund o.g. Eigenschaften des Moleküls zu einem Ungleichgewicht zwischen von der Sonne ankommender und in den Weltraum abgehender Energie, mit der Folge, dass die Atmosphäre sich erwärmt. Ein Gleichgewicht wird erst wieder erreicht, wenn längere Zeit kein zusätzliches CO<sub>2</sub> mehr dazu kommt. Dieses Energie-Ungleichgewicht beträgt zur Zeit 0,85 Watt/m<sup>2</sup> Erdoberfläche und stellt den zusätzlichen Treibhauseffekt dar, mit dem das in die Atmosphäre emittierte CO<sub>2</sub> diese erwärmt.

Ein natürlicher Beitrag zur Erwärmung seit Mitte des letzten Jahrhunderts, z.B. durch erhöhte Sonnenaktivität, ist nicht erkennbar, da deren Intensität in den letzten 65 Jahren unverändert blieb, während die Temperatur gestiegen ist.

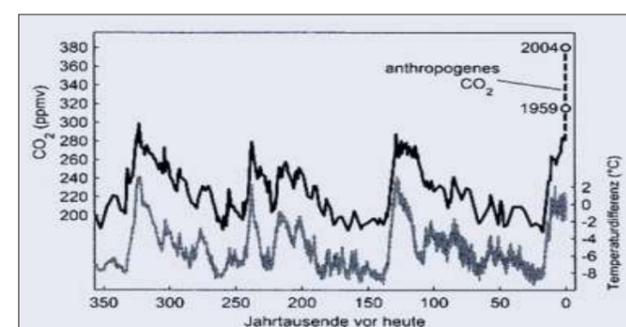
Für den Einfluss der CO<sub>2</sub>-Konzentration auf das Klima wird eine Maßzahl verwendet, die Klimasensitivität. Sie beschreibt die Zunahme der globalen Durchschnittstemperatur bei einer Verdoppelung der atmosphärischen CO<sub>2</sub>-Konzentration. Der wahrscheinlichste und sich zunehmend bestätigende Wert dafür liegt bei 3°C, in dem der kühlende Effekt von Aerosolen (Ruß, Staub, Schwefel, etc.; ihre starke Zunahme hat in den letzten 3 Jahrzehnten zu einer teils über 20%igen Abnahme des auf der Erde ankommenden Sonnenlichts geführt) bereits enthalten ist. Das heißt, die Verdoppelung der CO<sub>2</sub>-Konzentration führt zu einer Netto-Erhöhung der globalen Durchschnittstemperatur um ca. 3°C.

### CO<sub>2</sub> als Thermostat unserer Erde

Das CO<sub>2</sub> ist damit der Thermostat der Erde, die Ozeane als „Kühlflüssigkeit“ verzögern die Auswirkungen seiner Einstellung, verhindern sie aber nicht. Neben CO<sub>2</sub> sind noch Methan und Stickoxide bedeutende Treibhausgase, deren Konzentration in den letzten Dekaden ebenfalls stark zugenommen hat. Ihre Wirkung wird in der Regel in CO<sub>2</sub>-Einheiten ausgedrückt. Wasserdampf als stärkstes Treibhausgas wird nicht berücksichtigt, da der gesamte Wassergehalt der Atmosphäre in 10 Tagen ausgetauscht und durch unsere Aktivitäten nicht direkt erhöht wird.

Der Zusammenhang von CO<sub>2</sub>-Gehalt und Temperatur wurde vielfach belegt durch Daten aus Eisbohrkernen und Sedimenten vom Meeresboden, die zeigen, dass die CO<sub>2</sub>-Konzentration in der letzten Warmphase der Erde (Kreidezeit) bis weit über 1000 ppm und in den Eiszeiten danach unter 200 ppm betragen hat. Seit der letzten Phase der Kreidezeit (-100 Mio. Jahre) ist der CO<sub>2</sub>-Gehalt über einen langfristigen Regelkreis stetig abgesunken und hat die Erde in den letzten zwei Millionen Jahren in eine neue Eiszeitperiode geführt. Diese 100 Millionen Jahre andauernde Abkühlung wurde durch einen „Unfall“ vor ca. 55 Mio. Jahren unterbrochen. Neuesten Erkenntnissen zufolge kam es im nördlichen Atlantik höchstwahrscheinlich durch einen Riss in der Erdkruste zu einem Kontakt von Methan-Lagerstätten mit Magma, bei dem in kürzester Zeit enorme Mengen CO<sub>2</sub> in die Atmosphäre gelangten. Der heutige Anstieg der CO<sub>2</sub>-Konzentration scheint dem damaligen an Intensität und Geschwindigkeit nicht unähnlich und lässt deshalb Rückschlüsse auf die weitere Entwicklung des heutigen Klimas zu. Damals ist die globale Durchschnittstemperatur in wahrscheinlich nur wenigen Jahrhunderten um 5 - 6°C gestiegen und hat zum Aussterben von ca. 70% aller Arten in den Ozeanen und an Land geführt; die Saurier waren auch mit dabei. Ca. 500.000 Jahre später war der klimatische Ausgangszustand wieder erreicht.

Durch die in den letzten 2 Mio. Jahren CO<sub>2</sub>-bedingt niedrigeren Temperaturen konnten die Auswirkungen der drei zyklischen Schwankungen von Erdbahn und -lage (die Erde eiert wie ein Kreisel) zu Vereisungen mit eingelagerten Warmphasen führen. In den letzten 350.000 Jahren - so weit zurück reicht ein Eisbohrkern aus der Antarktis - kam es zu drei Eiszeiten, in deren Verlauf auch der CO<sub>2</sub>-Gehalt schwankte; er ist in dieser Zeit aber nie über 300 ppm (80 ppm weniger als heute) gestiegen. Verblüffend ist der stark synchrone Verlauf von CO<sub>2</sub>-Konzentration und Temperatur (Abbildung).



Etwa 20 kurzfristige, kräftige Klimaänderungen ohne große Schwankungen im CO<sub>2</sub>-Gehalt entstanden in der letzten Eiszeit vor 20.000 - 10.000 Jahren durch abrupte Änderungen von Meeresströmungen wie des Golfstroms und belegen deren Labilität. Eine letzte starke Abkühlung im Nordatlantik (mit Europa) vor etwa 8.000 Jahren wurde durch das Brechen eines Eisdammes aus der Eiszeit in Nordamerika ausgelöst, durch den sich ein riesiger Schmelzwassersee (seine Reste sind die Großen Seen) in den Nordatlantik ergossen hat, was zu einer vorübergehenden Unterbrechung des Golfstroms führte. Meeresströmungen können durch Süßwasser unterbrochen werden, da es das Salzwasser leichter macht, was das Absinken in die Tiefsee und damit die Zirkulation vermindert.

An diesem Punkt sind (in fast unerlaubter Kürze) die wesentlichsten physikalischen Zusammenhänge genannt, nach denen Treibhausgase die globale Durchschnittstemperatur und damit das Klima beeinflussen: über den CO<sub>2</sub>-Gehalt der Atmosphäre mit den Ozeanen als Puffer. Der Zusammenhang, der dahinter steckt: Ändert sich die Temperatur, folgt die CO<sub>2</sub>-Konzentration - Ändert sich die CO<sub>2</sub>-Konzentration, so folgt die Temperatur. Kleinräumiger bestimmen Meeresströmungen das Klima.

### Temperaturzunahme um bis zu 5,8°C

Die Entwicklung dieses physikalischen Zusammenhangs hat von etwa 1850 bis zum Jahr 2000 zu einer Zunahme der globalen Durchschnittstemperatur von 0,6°C geführt; der obere Höchstwert der Schwankungen der letzten zwei bis drei Mio. Jahre wird zur Zeit überschritten. Bis 2100 wird eine Zunahme der Temperatur von 1,5°C bis 5,8°C erwartet; 3°C gelten als wahrscheinlichster Wert.

Alle bisherigen klimabedingten Veränderungen wurden also durch die Erwärmung um 0,6°C verursacht. Da die Reaktionszeit der globalen Durchschnittstemperatur etwa 40 Jahre beträgt, entspricht der jetzige Wert dem CO<sub>2</sub>-Ausstoß bis in die 60er Jahre des letzten Jahrhunderts. Das zusätzliche CO<sub>2</sub> der nachfolgenden 40 Jahre ist aber bereits in der Atmosphäre; wird sie ab heute also noch mehr als 40 Jahre erwärmen, auch wenn ab sofort kein CO<sub>2</sub> mehr emittiert würde.

Wenn man ab heute für eine globale Umstellung auf kohlenstofffreie Energieträger 50 Jahre annimmt, dürfte der Einfluss des CO<sub>2</sub> auf den Temperaturanstieg gegen Ende des Jahrhunderts beginnen abzunehmen.

## „... so was wie Völkerball“

Auf meine Frage, was denn „Paintball“ sei, antwortete OB Seidl im Oktober-Bauausschuß: „Das ist so eine Art Völkerball.“ Während der Bauausschuß-Mitarbeiter ehrlich antwortete, es sei so ähnlich wie Gotcha. Die Mitglieder des Bauausschusses lehnten daraufhin das Bauvorhaben nach kurzer Diskussion mehrheitlich mit 6:5 ab. Der Bauwerber zog sein Baugesuch zurück, um es dann verändert im Dezember neu zu präsentieren: Es wurde eine „Indoor-Fun-Sport-Multifunktionshalle“ beantragt, mit der Sportart „Paintball“. Inzwischen hatte aber das Bauamt recherchiert und ein Urteil des bayerischen Verwaltungsgerichtshofes herausgefunden, das am 27.6.2006 festgestellt

hat, „dass ein Spiel, das als wesentliches Spielmittel beinhaltet, in realitätsnaher Weise auf Menschen zu schießen und damit Tötungshandlungen zu simulieren, dem durch den Schutz der Menschenwürde (GG Art. 1 Abs.1) und den Schutz des menschlichen Lebens (GG Art. 2 Abs.2 Satz 1) geprägten Wertesystem der deutschen Gesellschaft widerspricht“.

Da wollte auch OB Seidl nicht mehr Völkerball mit Farbbällen spielen, und der Antrag auf Paintball wurde einstimmig abgelehnt. So kann auch OB Seidl was von unserer Verwaltung lernen.

MAX STRAUß

### Das neue Kongress-Zentrum

## Mehr als nur ein Traum!

Die Stadt muss bekannterweise einen Sparkurs fahren, die bestehende Inselhalle ist erst in 20 Jahren abbezahlt, leerstehende Räume rufen nach Nutzung, das historische Stadtbild und auch seine Silhouette aus Seesicht sind als Heimat und Kulturgut bewahrenswert, als Tourismusmagnet darf ihnen nicht zusätzlich geschadet werden. Diese Aspekte berücksichtigend „schwebt“ mir (im wahrsten Sinn des Wortes) ein Kongresszentrum im Zentrum unseres mittelalterlichen Inselstädtchens vor. Ich habe die Vision von einer erweiterten und optimierten Inselhalle. Sie setzt sich darüberhinaus in luftiger Höhe, transparent und mit elegantem Schwung, über der Zwanzigerstraße (die dann vielleicht in „Kongressstraße“ umbenannt wird) und über der von Rosengehölz berankten Stadtmauer fort. Schließlich mündet sie ins alte „Heka“ und bietet hier die erforderlichen Ausweichräume an. In den Pausen zwischen den einzelnen Seminaren seh' ich die Tagungsteilnehmenden schon auf der Marktplatzseite ausschwärmen. Wen wundert's? Öffnet sich ihnen hier doch ein Füllhorn von Möglichkeiten, die Sinne tanzen zu lassen: Gastlichkeit der verschiedensten Art drinnen oder draußen genießen, sich im Marktgetümmel unter die Einheimischen mischen, auf historischen Treppenstufen sitzend die Seele baumeln lassen, in die Stille der beiden Kirchen eintauchen oder Orgelklängen lauschen, beim Plätschern

des Neptunbrunnens im neu erworbenen Buchmaterial blättern, dabei vielleicht an einem süßen Stückchen aus der alteingesessenen Bäckerei knabbern („denn Hammas gibt's schließlich überall“), schon mal die Zeit nutzen und in den kleinen attraktiven Geschäften ringsum nach einem Mitbringsel Ausschau halten...

Ein Kongresszentrum der besonderen Art – oder?

SIBYLLE GASCH



Nur ein „Katzensprung“ von der Inselhalle zum leerstehenden „HEKA“

### Bayerische Polizei verstößt gegen Menschenrecht:

## Ohrfeige aus Straßburg

Einige größere Tageszeitungen haben die Pressemitteilung aus Straßburg vom 24.3.2005 als wichtige Nachricht übernommen, nicht so die hiesigen Medien, die so dem Freistaat Bayern in Gestalt des damaligen Kemptener Polizeidirektors Hans-Jürgen Memel und der örtlichen Justiz in Person des ehemaligen Lindauer Amtsgerichtsdirektors Gerhard Dambeck eine öffentliche Blamage gehobenen Ranges ersparten. Was war geschehen? Nach einem fast achtjährigen, mit vier Totalniederlagen - dazu hatte uns die Lokalpresse gut informiert - gepflasterten, Marathon durch die bayerischen Gerichtsinstanzen bis zum Bundesverfassungsgericht gelang es dem Wasserburger Gemeinderat Ulrich Epple mit Hilfe seines Lindauer Provinzanzwalts (des Autors dieses Berichts) und finanzieller Unterstützung auch der Bunten Liste, dass der Europäische Gerichtshof für Menschenrechte in Straßburg (EGMR) die Bundesrepublik Deutschland stellvertretend für die bayerischen Behörden und ihre unabhängige Justiz verurteilte.

### Illegale Ersatzbestrafung außerhalb des Strafrechts?

Startpunkt des Marathons waren die von der Punktzene für das Wochenende vom 18. - 20. Juli 1997 ausgerufenen „7. Lindauer Chaostage 1997“. Bereits im Vorfeld hatten die Behörden die bisherige liberale Lindauer Linie verlassen und hartes Vorgehen („niedrige Einschreitschwelle“) vereinbart:

### Die Justizspitze spielt mit

Alles wurde bei einer Besprechung am 10. Juli 1997 in Anwesenheit von Landrat, OB, Polizeidirektor, Staatsanwalt und Amtsgerichtsdirektor nach den Wünschen des Innenministers Beckstein auf „bairische Art“ vorbereitet: Versammlungsverbot im gesamten Stadtgebiet, großes Polizeiaufgebot inklusive Sondereinsatzkräfte, Gefangenen-sammelstellen, die Hunderte von Festgenommenen hätten aufnehmen können, usw. usw. Die Gefangenen, die meistens ohne den Vorwurf von Straftaten nur präventiv inhaftiert würden, sollten erst am Ende des Chaos-Wochenendes, am Sonntag um 24 Uhr, wieder entlassen werden. Die richterliche Überprüfung des Polizeigewahrsams wurde nämlich - oh Wunder - offensichtlich weder besprochen noch organisatorisch vorbereitet.

### Der Haftrichter spielt nicht mit

So war es dann keine Überraschung, dass bereits am Freitagabend 18.7.97 alle Richter im Wochenendurlaub waren und kein Haftrichter Bereitschaftsdienst hatte. Ulrich Epple war schon um 18.15 Uhr am Lindauer Hafen festgenommen worden, weil er nicht sofort und ohne Widerrede auf den Genuss des Gautrachtenfestes verzichten wollte. In den Stunden vorher und nachher wurden weitere 39 Personen in den Sammelstellen interniert. Am Samstagvormittag konnte endlich ein Haftrichter aus seinem Wochenende geholt und ans juristische Fließband gesetzt werden. Um 13.45 Uhr, also nach 19 Stunden, entließ Richter Turowski gegen polizeilichen Wunsch auch Herrn Epple in die Freiheit.

### Mit Kanonen auf Spatzen

Die Dauer des Freiheitsentzuges war dem EGMR - auch angesichts des geringfügigen Anlasses - viel zu lange, er sah den Grundsatz der Verhältnismäßigkeit verletzt, vor allem angesichts des hohen Stellenwerts des Rechts auf Freiheit in der Europäischen Menschenrechtskonvention (EMRK), und stellte deshalb in seinem Urteil vom 24.3.05 fest, „dass Art. 5 Abs. 1 Buchstabe b der Konvention wegen der Dauer des Polizeigewahrsams des Beschwerdeführers verletzt worden ist.“ Art. 5 EMRK schützt die Person vor ungerechtfertigten Freiheitsentziehungen. Mit einer ergänzenden Entscheidung vom 15.12.05 sprach der Gerichtshof Herrn Epple auch noch eine Geldentschädigung in Höhe der Hälfte seiner Verfahrenskosten zu.

### Ein Einzelfall?

Das Urteil lässt sogar den Schluss zu, dass auch alle anderen damals damals Gefangenen noch im Laufe der Nacht entweder hätten freigelassen oder dem Haftrichter vorgeführt werden müssen. Was hat es über den Einzelfall hinaus bewirkt? Es verbietet eine besonders bei politisch-oppositionellen Massenveranstaltungen oft geübte Polizeipraxis, wahllos möglichst viele Menschen bis zum Ende des nächsten Tages (der äußersten zeitlichen Grenze) ganz ohne richterliche Rechtmäßigkeitsprüfung fest zu halten.

UDO SÜRER



Freie Fahrt für freie Wähler: Startbahn Ost

## Rickenbacher-Straßen-Drama

Achtundachtzig brave Bürger dachten so bei sich, jawoll.

Wir wollen die Verwaltung ärgern, einfach so, das ist doch toll.

„Die Rickenbacher, ja die Straße“ sagte einer nach 'ner Zeit „das ist doch eine Dreißigerzone, dafür ist die viel zu breit.“

Dieses wurde aufgegriffen und man spann noch viel drum rum.

„Dass da dauernd Laster fahren, finde ich auch ziemlich dumm.“

„Und da fährt doch keiner Dreißig, alle treten drauf auf's Gas“

„Eben, und der Fahrradfahrer muss in Deckung, was soll das?“

Nun, das Thema war gefunden, jetzt ging's nur noch um die Form.

„Wir schreiben schriftlich einen Antrag, so was stresst die ganz enorm.

Besonders wenn wir dann noch fordern, werdet doch mal kreativ,

Billig, schnell und praktikabel, schreib das rein in unsern Brief!“

So entstand ein schönes Schreiben, die Unterschriften noch schnell drauf,

wurde sogleich abgegeben, die Sache nahm nun ihren Lauf.

Was heißt hier Lauf, denn eher schleichend, zogen Monate in's Land, bis er gottlob dann eines Tages auf der Tagesordnung stand.

Die Stadträt' waren sich schnell einig, das muss man untersuchen nun

Auftrag gleich an die Verwaltung, dann hat die auch mal was zu tun

Da lag er nun in der Amtstube, der Antrag von den Bürgerlein

Wurde gelesen - nicht verstanden - und kam im Stoß ganz unten rein.

Wir sitzen's aus, dachte der Dumler und hat erst mal nichts gemacht.

„Wir soll'n was tun, soll'n kreativ sein. Das haben die sich so gedacht.“

Doch die Bürger waren frech nun, wollten dass etwas passiert

Und jetzt musste die Verwaltung doch was tun, total frustriert.

Zwei Monat später legt der Dumler, das Ergebnis auf den Tisch

Schönes Amtsdeutsch auf fünf Seiten, nur Gelaber auf dem Wisch

„Trotz unsrer Mühe, nichts zu machen“, sagt er mit wichtigem Gesicht.

„Kompliziert und viel zu teuer, dieses Geld das ham wir nicht.“

Das kanns nicht sein, meinte der Rat nun. Ihr geht jetzt zu den Bürgern hin

Die haben eine Einfachlösung, etwas Billiges im Sinn.

Gesagt, getan - nach ein paar Monat hat man noch mal konferiert.

Man ahnt die Haltung, sieht die G'sichter und man weiß,

dass das nichts wird.

Parkbuchten schräg, einfach mit Strichen, kostengünstig soll es sein

Und wenn wir dann schon Striche ziehen, fällt uns noch ein Radweg ein.

Wir schreiben Dreißig auf die Straße, wie es halt so üblich ist.

Doch leider fand dann, wie erwartet, die Verwaltung alles Mist.

Nun ist der Antrag bald vier Jahr' alt, passiert ist nichts von Relevanz

Es fehlt bei unsren Bürokraten die Kreativitäts-Instanz

Insgesheim denkt die Verwaltung, eine Lösung hätte Charme.

Dürfte man, doch so wie früher, einfach wieder Fünfzig fahr'n.

GÖTZ RAUCH

### Impressum

V.i.S.d.P. KarlHeinz Brombeis, Bismarckplatz 1-2, 88131 Lindau (B)

Auflage: 10.000 Exemplare

Satz, Layout und Produktion: Pit Hartmann

[www.bunteliste.de](http://www.bunteliste.de)